

## Editorial

---

Der deutsche Bürger ist mündig. Auch für CDU, CSU und SPD, selbstverständlich, ist der mündige Bürger Leitbild.

Dieser mündige Bürger sei vor den Risiken der Finanzkrise zu schützen, sagt der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien. Er sagt es so: „Der Anlegerschutz ist unter dem Leitbild des mündigen Bürgers angemessen auszugestalten.“

Man muss diesen Satz dreimal lesen. Da steht einerseits, dass der Anlegerschutz „auszugestalten“ sei. Das klingt gut. Davor steht aber auch dieses „angemessen“, und das kann hier nur heißen: nicht zu sehr, nicht zu weit, höchstens angemessen. Und weiter davor steht das noch Relativierendere „unter dem Leitbild des mündigen Bürgers“, und das heißt, wie wir unsere konservativen Parteien kennen, nichts anderes als: Der Bürger soll gefälligst mündig sein, dann braucht er keinen Anlegerschutz (bzw. nur den angemessenen). Im Klartext: Der mündige Bürger ist im Schadensfall selber schuld, hätte er vorher besser hingeschaut, was für Ramsch-Derivate er sich da zusammenkauft.

Der einsame Satz im Koalitionsvertrag steht auf Seite 87, im Abschnitt „3. Finanzmarktpolitik“ unter 29 anderen Sätzen. Diese beschwören vor allem den „international wettbewerbsfähigen ‚Finanzstandort Deutschland‘ und das „große Potenzial“ des „Finanzmarktes“, das weiter ausgebaut werden soll; dann dies: „Produktinnovationen und neue Vertriebswege müssen nachdrücklich unterstützt werden“, worunter explizit „der Ausbau des Verbriefungsmarktes“ genannt wird, wohingegen die Finanzmarktaufsicht bitte „mit Augenmaß“ vorzugehen habe, außerdem wolle man „überflüssige Regelungen abbauen“.

Sagen wir es mit einer Metapher: Wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise ein Brand ist, der (so Steinbrück und Merkel) „ausgebrochen“ ist, dann war unsere eigene Regierung ein Brandbeschleuniger. Ihre Mitschuld an dem Debakel wird in der Öffentlichkeit mit verlegenem Schweigen übergangen.

Die rhetorische Entschlossenheit des Ministers und der Kanzlerin halten viele schon für das Ende der Markt-Ideologie und die „Renaissance des starken Staates“. Aber man überlege einmal:

Wenn jemand seinen Wagen gegen die Wand fährt, dann in die Werkstatt bringt und verlangt: Repariert ihn mir mal, aber auf eure Kosten!, und die Werkstatt tut ihm den Gefallen (mit Geld, das sie nicht hat oder das ihr nicht gehört): Wer hat da wen in der Hand?

Die Talsohle der Wirtschaft (stillschweigend vorausgesetzt, es geht irgendwann überhaupt wieder mal bergauf, aber auch dann wohin?) haben wir noch nicht unter den Füßen. So ist es für eine abschließende Analyse der Situation erheblich zu früh. Aber fünf Texte in diesem Heft werfen immerhin von der Seite ein enthüllendes Licht auf die Misere.

In den „Fundsachen“ verrät ein ausgestiegener Insider, welche niedrigen Beweggründe die sogenannte Hochfinanz bewegen.

Wolfgang Köhler beschreibt die plötzlich umstandslose Teil-Verstaatlichung der Banken im Mutterland der angeblich freien Marktwirtschaft.

In John Lippincotts Text, der als Tagebuch zur Wahl des US-Präsidenten geplant war, überwuchert die Krise alle anderen Gedanken und Hoffnungen.

Joachim Jahnkes Kommentar stellt fest, dass das Wirtschaftsinstitut des mit seinen Vergleichen eher glücklosen Professors Sinn zu zwei Dritteln von Steuergeldern alimentiert wird. Kann man da jemals einen Widerspruch gegen eine marktfundamentalistische Regierung erwarten?

Und Edda Ziegler flieht aus der Krise in die Sachwerte: Sie kauft Gold. Aber selbst das ist nicht ganz so leicht, wie es sich anhört.

*Fritz Glunk*

PS

Ein prominenter GAZETTE-Autor rät unserer Zeitschrift, jetzt keine „Weltuntergangsstimmung“ zu verbreiten. Wir halten uns an den Rat. Was uns leicht fällt, weil derzeit schon die weltweiten Umstände diese Stimmung verbreiten.